

Glossar

- (Aufgeklärter) Absolutismus Der Absolutismus bezeichnet eine Regierungsform, bei der eine Person, meist der Monarch, über die Ausübung aller Staatsgewalt verfügt - ohne politische Mitwirkung ständischer Institutionen. Diese Form basiert auf der Idee der Herrschaft von Gottes Gnaden. Die Herrschaftsform gab einer ganzen Epoche ihren Namen. Der Aufgeklärte Absolutismus basierte auf einer naturrechtlichen Grundlegung des Staates durch einen Vertrag zwischen Herrscher und Beherrschten. In ihm ist der Herrscher wie Friedrich der II. in Preußen der "erste Diener" seines Landes. Die Politik ist auf Reformen ausgerichtet, die sich unter anderem in religiöser Toleranz und Erneuerung des Erziehungs- und Schulwesens zeigt.
- (Kirchen-)Bann Auch Exkommunikation. Die Verbannung aus der kirchlichen Gemeinschaft galt im Mittelalter als eine der schlimmsten Strafen. Mit ihr war u.a. der Verlust kirchlicher Rechte und der Ausschluss von einem kirchlichen Begräbnis verbunden. In der Auseinandersetzung mit Papst Gregor VII. drohte Heinrich IV. nach dem Kirchenbann auch der Verlust der Königswürde. Denn verbunden mit der Aussprache des Banns entband Gregor alle Christen, und damit auch die Fürsten, von ihrem Treueid gegenüber dem König.
- Ablass Als Ablass wird in der katholischen Kirche der Nachlass von Sünden nach Erfüllung bestimmter Bußetaten, wie Fasten, Beten, Teilnahme an Pilgerfahrten oder auch Vergabe von Almosen, bezeichnet. Im Mittelalter entwickelte sich der so genannte Ablasshandel. Priester verkauften Ablässe mit dem Versprechen der unmittelbaren Freisprechung von allen Sünden. Diese Praxis uferete im späten Mittelalter immer weiter aus und diente dazu, den ausschweifenden Lebensstil der Päpste zu finanzieren. Diese Missbräuche gelten als Hauptauslöser der Reformation.

Augsburger Bekenntnis
(Confessio Augusta)

Evangelische Bekenntnisschrift, die 1530 auf dem Augsburger Reichstag durch den **sächsischen Kanzler Dr. Christian Beyer** vor Kaiser Karl V. und den Reichsfürsten und -ständen in deutscher Sprache verkündet wurde. Für die wahre Einheit der Kirche - so die Reformatoren - genüge es, wenn bei der Predigt des Evangeliums und dem rechten Gebrauch der Sakramente Übereinstimmung herrsche. Gleichförmiger Zeremonien bedürfe es nicht, auch keiner hierarchischen Verfassung und Bindung an Rom. Das Augsburger Bekenntnis ist seit 1535 zugleich eine der elementaren Grundlagen sowie wichtigste Bekenntnisschrift der reformierten Kirche.

Augsburger Religionsfrieden

Politischer Kompromiss im Religionskonflikt, der auf dem Augsburger Reichstag 1555 zwischen Ferdinand I. und den Reichsständen ausgehandelt wurde. Den Anhängern der Confessio Augustana wurde Frieden und der Erhalt ihrer Besitzstände zugesichert. Die weltlichen Reichsstände erhielten die Religionsfreiheit. Ihre Untertanen übernahmen zwangsläufig die jeweilige Konfession ihrer Reichsfürsten, hatten jedoch auch die Möglichkeit zur Auswanderung, gemäß der Regel "cuius regio, eius religio" ("wessen Land, dessen Religion").

Biedermeier

Bezeichnet bezogen auf die politische Geschichte die Zeit zwischen dem Wiener Kongress (1815) und dem Beginn der bürgerlichen Revolution (Märzrevolution) im Jahr 1848. Die Epoche wird auch Vormärz und Restauration genannt. Nach dem Wiener Kongress und den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und der damit weitgehend wieder hergestellten Vorkriegsordnung und der Einschränkung bzw. Abschaffung vieler Freiheitsrechte (Verbot von Burschenschaften, Pressezensur, allgemeine Unterdrückung liberaler, demokratischer Ideen und Forderungen, etc.) waren viele Menschen einerseits enttäuscht und hoffnungslos und zogen sich immer mehr in unpolitische, private Bereiche zurück. In Familien und unter Freunden wurde häusliches Glück zelebriert. Andererseits begrüßten viele nach den Befreiungskriegen die wachsende Stabilität und

	<p>Sicherheit, weswegen die Masse sich zunächst nicht gegen Repressalien auflehnte. Der Begriff "Biedermeier" geht auf die Schriftsteller Ludwig Eichrodt und Adolf Kußmaul zurück, die für die Münchener "Fliegenden Blätter" von 1855/1857 die Gestalt des Dorflehrers Gottlieb Biedermaier erfanden - eine Parodie auf das Spießbürgertum. Gegen Anfang des 20. Jahrhunderts wurde das Biedermeier zum Synonym für Behaglichkeit, Häuslichkeit, Geselligkeit in der Familie und im Freundeskreis, für den (auch geistigen) Rückzug ins Private. Auch für Mode, Möbel und Kunst aus der Zeit wird der Begriff verwendet.</p>
Bildersturm	<p>Der Begriff Bildersturm bezeichnet die Zerstörung bildlicher Darstellungen von Gott, Christus und den Heiligen durch Gegner der Bilderverehrung zur Zeit der Reformation. Sie bezogen sich auf eine strenge Auslegung der 10 Gebote Moses, in denen u.a. Götzendienste und die bildliche Darstellung Gottes verboten sind. Im Januar 1522 fand als Folge der von Martin Luther kritisierten Bilderverehrung der katholischen Kirche, allerdings ohne dessen Zustimmung, der erste, große Bildersturm in Wittenberg unter Führung des radikalen Reformators Andreas Rudolf Bodenstein statt. Es folgten Bilderstürme 1523 in Zürich und Danzig sowie 1559 im schottischen Perth. Seinen Höhepunkt erreichte der Bildersturm 1566 in den Niederlanden, vor allem in Brügge und Gent, als Reaktion auf die spanische Inquisition und die Gegenreformation. Insgesamt fielen dem Bildersturm unzählige kirchliche Kunstwerke zum Opfer.</p>
Bundesversammlung	<p>Die Bundesversammlung, auch „Bundestag“ genannt, war das zentrale Gremium des Deutschen Bundes - des Nachfolgers des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Im Frankfurter Bundestag saßen keine gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes, sondern weisungsgebundene Abgesandte der 35 Fürstentümer und vier Freien Städte, die sich im Deutschen Bund zusammengeschlossen hatten.</p>
Code Napoléon/Code Civil	<p>Mit Napoleons "Code Civil" erhielten die eroberten Gebiete das erste bürgerliche Gesetzbuch und kamen damit in den Genuss von Errungenschaften der</p>

Französischen Revolution: Abschaffung des Feudalismus und der Ständegesellschaft, Reform von Justiz und Verwaltung, Gleichheit vor dem Gesetz, Freizügigkeit, Mitbestimmungs- und Wahlrechte, Einführung der Berufs- und Gewerbefreiheit, Trennung von Staat und Kirche, die Einführung der Zivilehe, Gleichberechtigung der Juden. Unter französischer Herrschaft lernten die Neubürger auch eine moderne, effektiv organisierte Verwaltung kennen. Die Abgabe des „Zehnten“, eine große Belastung für die Bauern, wurde abgeschafft, vor allem die Erbuntertänigkeit, die in Deutschland um 1800 noch existierte. Straßen und Chausseen wurden gebaut, Maßeinheiten wie Meter und Kilogramm eingeführt – viele Regelungen, die heute selbstverständlich sind.

Defätist

Ein Defätist ist mut- und hoffnungslos, hält die eigene Sache für aussichtslos.

Deutscher Bund

Der Deutsche Bund war das Ergebnis des Wiener Kongresses von 1815 als Nachfolgeinstitution des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gegründet worden. Er war ein Staatenverein überwiegend deutschsprachiger Länder auf völkerrechtlicher Grundlage mit Österreich als Führungsmacht. Ihm gehörten 35 Königreiche, Fürsten- und Herzogtümer sowie vier Freie Städte an. Von Preußen und Österreich gehörten nur die Teile zum Deutschen Bund, die bereits zuvor Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen waren. Nach der Märzrevolution verabschiedeten die Vertreter des Deutschen Bundes, die Frankfurter Nationalversammlung, zum ersten Mal eine gesamtdeutsche Verfassung, die aber scheiterte, weil Preußens König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserwürde ablehnte. Mit dem Sieg Preußens gegen Österreich im Deutschen Krieg von 1866 war auch das Ende des Deutschen Bundes besiegelt.

Deutscher Krieg

Der Deutsche Krieg von 1866 war die kriegerische Auseinandersetzung des Deutschen Bundes mit dem Königreich Preußen. Bis zu dem Zeitpunkt hatte Österreich die Vorherrschaft im Deutschen Bund; den Anspruch wollte jedoch Preußen für sich gewinnen. In der Schlacht bei Königgrätz trafen beide Bruderstaaten aufeinander. Preußen siegte

überraschend und drängte Österreich aus der deutschen Geschichte. Der Norddeutsche Bund unter preußischer Führung wurde gegründet, eine Zwischenstufe zum geeinten Deutschland wenige Jahre später.

Deutscher Orden

Der Deutsche Orden wurde 1190 während der Belagerung von Akko im Rahmen des 3. Kreuzzuges von Bremer und Lübecker Kaufleuten als Krankenpflegeorden gegründet. Dieser wurde 1199 in einen geistlichen Ritterorden mit Sitz in Akko umgewandelt. Der Deutsche Orden war neben den Templern und den Johannitern der dritte der großen mittelalterlichen Ritterorden. Die Aktivitäten des Ordens verlagerten sich im frühen 13. Jahrhundert ins Baltikum, um dort gegen die heidnischen Prußen vorzugehen. Mit der Goldenen Bulle von Rimini 1226 ermächtigte Kaiser Friedrich II. den Orden, das Gebiet der Prußen zu erobern. Bis 1283 unterwarf der Deutsche Orden das Land der Prußen, welches er mit deutschen Bauern besiedelte und durch die Errichtung von Ordensburgen sowie die Gründung von Städten strategisch sicherte und kultivierte. Seine größte Ausdehnung erreichte der Orden 1402 mit den Gebieten Livland, Kurland, Samogitien, Pommerellen mit Danzig, dem dänischen Estland, Gotland sowie der Neumark. Im Heiligen Römischen Reich bestand der Orden weiter bis zu seiner Auflösung 1809 durch Napoleon I. In Österreich wurde er 1834 wieder gegründet und konzentrierte sich in erster Linie auf Wohltätigkeitsarbeit. 1929 wurde er in einen rein geistlichen Orden umgewandelt, jedoch von 1938 bis 1945 verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Orden in Österreich und Deutschland wiederbelebt und besteht bis heute.

Dreifelderwirtschaft

Ein Fortschritt im mittelalterlichen Ackerbau war die großräumige Einführung der Dreifelderwirtschaft. Bis dahin wurde meist die Zweifelderwirtschaft praktiziert, bei der nur die eine Hälfte des Ackerlandes bebaut wurde, um der anderen ein Jahr Zeit zur Regeneration zu gönnen. Bei der Dreifelderwirtschaft hingegen teilte man die landwirtschaftliche Fläche in drei Abschnitte. Nur den dritten Abschnitt ließ man brach liegen, damit sich der Boden regenerieren konnte.

Dualismus	In der Staatslehre spricht man von Dualismus, wenn zwei Machtfaktoren oder Institutionen in einer politischen Einheit koordiniert nebeneinander existieren, wie z.B. Parlament und Krone in der konstitutionellen Monarchie. Der preußisch-österreichische oder auch deutsche Dualismus beschreibt den Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation ab 1740 (Einmarsch Friedrichs des Großen in Schlesien) und ab 1806 im Deutschen Bund. Mehr als 100 Jahre prägte dieser Dualismus die deutsche Geschichte. Erst 1866 konnte Preußen mit der Vereinigung der deutschen Staaten im Norddeutschen Bund ohne Österreich das Rennen für sich entscheiden. Die Rivalitäten der beiden deutschen Mächte endeten erst mit der Gründung des Zweibundes 1878.
Duodezfürst	Ein Duodezfürst ist der Herrscher eines winzigen, unbedeutenden Fürstentums. Die politische Zersplitterung Deutschlands wirkte sich im späten 18. Jahrhundert in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens lähmend aus. Die Kultur und die kulturelle Vielfalt in Deutschland profitierten hingegen von dieser Zersplitterung, denn jeder Fürst versuchte, sich als Mäzenat zu profilieren. Wenn ein Fürst schon keine politische Bedeutung hatte, konnte er wenigstens über kulturelles Mäzenatentum symbolisches Kapital anhäufen. Insofern verlegten sich viele deutsche Fürsten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts darauf, die Kultur zu fördern.
Eisernes Kreuz	Zum dritten Todestag Königin Luises von Preußen stiftete Friedrich Wilhelm III. 1813 das "Eiserne Kreuz", den wohl bedeutendsten aller deutschen Orden: Er war – wegen der leeren Staatskasse – bewusst aus erschwänglichem Material gefertigt, sollte erstmals Offiziere und Mannschaften, ob von Adel oder nicht, für besondere Leistungen dekorieren, ein ständeübergreifender Ansporn. Bis 1945 sollte er an Millionen von deutschen Soldaten verliehen werden.
Erzbischof/ Erzbistum	Erzbischof ist in der katholischen Kirche der Amtstitel des Leiters einer Kirchenprovinz oder eines Bischofs, der einer Erzdiözese vorsteht.

Ewiger Reichstag/ Immerwährender Reichstag	Mit dem "Immerwährenden Reichstag" wird ein ständiger Gesandtenkongress der Reichsstände bezeichnet, der von 1663 bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 in Regensburg tagte. Er wurde von Kaiser Leopold I. 1663 als permanente Einrichtung etabliert.
Februarrevolution 1848/Französische Revolution 1848	Die Französische Revolution im Februar 1848 führte zum Sturz der Monarchie des Bürgerkönigs Louis Phillipe und zur Gründung der Zweiten Republik. Von Frankreich aus verbreiteten sich im Anschluss die Märzrevolutionen in ganz Europa.
Flugschriften	Flugschriften können als Vorläufer der Zeitungen angesehen werden. Sie kamen mit der Erfindung des Buchdrucks im ausgehenden Mittelalter auf. Sie behandelten meist aktuelle Tagesfragen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Eine maßgebliche Rolle spielten die Flugschriften in der Entfaltung der Reformation als Volksbewegung, indem sie in verächtlichem Ton gegen Papst, Klerus und Ablass polemisierten und Luther herausragend lobten.
Friedensschluss von Aachen	Der Frieden von Aachen am 18. Oktober 1748 beendet den Österreichischen Erbfolgekrieg: Maria Theresia verlor zwar Schlesien und die meisten italienischen Besitzungen, doch sie erhielt die südlichen Niederlande zurück, und die Pragmatische Sanktion wurde von allen europäischen Mächten anerkannt.
Furor Teutonicus	Deutsche Angriffslust und Aggressivität, die von den Italienern als typisch deutsch angesehen wurde und aus der Zeit der Völkerwanderung stammt, als die Römer mit dem germanischen Stamm der Teutonen in kriegerische Auseinandersetzung gerieten.
Gegenreformation	Als Gegenreformation wird die Rückführung protestantischer Gebiete zum Katholizismus zwischen dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 (der jeweilige Landesherr entscheidet über den Glauben seiner Untertanen) und dem Westfälischen Frieden von 1648 bzw. die ganze Epoche bezeichnet. Sie beinhaltet zum einen die innere Erneuerung der katholischen Kirche, die dann als katholische Reform bezeichnet wird. Zum anderen meint der Begriff alle

Aktionen der katholischen Kirche und Reichsfürsten gegen den politischen und institutionellen Protestantismus bzw. die Rekatholisierung protestantischer Gebiete. Die Gegenreformation konzentrierte sich hauptsächlich auf das Alte Deutsche Reich. Zunächst erfasste sie die geistlichen Fürstentümer. Neben religiöser Überzeugungsarbeit, z.B. der in diesem Sinne sehr erfolgreichen und bedeutenden Jesuiten, wurden auch politische und militärische Mittel angewandt, um ehemals katholisches Gebiet zurückzugewinnen. Es gab Ausweisungen und Zwangsumsiedlungen der jeweils Andersgläubigen. Im 30-jährigen Krieg (1618-1648) erreichte sie ihren Höhepunkt, konnte sich allerdings in Norddeutschland nicht durchsetzen. Der Westfälische Frieden vom Oktober 1648 setzte der Gegenreformation rechtlich ein Ende. Doch noch bis ins 18. Jahrhundert hinein gab es etwa Zwangsumsiedlungen von Protestanten.

Großdeutsch

Als großdeutsch wurde während der Revolution 1848/49 der Weg bezeichnet, der eine Einigung Deutschlands unter Einschluss aller deutschen Gebiete, das heißt auch Österreichs, verfolgte. Anhänger dieser Richtung waren Österreicher, Vertreter der süddeutschen Staaten, Föderalisten und Katholiken.

Hambacher Fest

Die erste große Massenkundgebung für ein freies und einiges Deutschland ist auf den 27. bis 30. Mai 1832 datiert und als „Hambacher Fest“ in die Geschichte eingegangen. Dem Aufruf der Demokraten Johann Wirth und Philipp Siebenpfeiffer, auf das Hambacher Schloss bei Neustadt an der Weinstraße zu kommen, waren rund 30.000 Menschen gefolgt. Unter den Farben Schwarz, Rot, Gold forderten die Versammelten ein einiges und freies Deutschland. Der deutsche Bundestag reagierte mit Festnahmen der Teilnehmer sowie der völligen Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit auf die Veranstaltung.

Häretiker

Menschen mit einer Glaubensrichtung, die von der kirchlichen Lehrmeinung abweicht.

Haus Hohenzollern

Die Ursprünge der Hohenzollerndynastie liegen im

deutschen Südwesten. Die Zollernburg unweit der schwäbischen Stadt Hechingen war der Stammsitz der 1061 erstmals urkundlich erwähnten Familie. 1415 belehnte der Kaiser die Hohenzollern mit der Mark Brandenburg. Mit dem Land erreichte die Familie in der Goldenen Bulle auch die Kurwürde, die ihr das Recht zur Kaiserwahl verlieh. 1539 wandte sich der Kurfürst von Brandenburg von der Kirche in Rom ab und wurde lutherisch, 1613 in einer zweiten Reformation schließlich reformiert-kalvinistisch, während die Bevölkerung lutherisch blieb. Durch Erbvertrag fielen 1614 die am Niederrhein gelegenen, wirtschaftlich bedeutenden Gebiete Kleve, Mark und Ravensberg den Hohenzollern zu. Vier Jahre später gelang es ihnen, ihr Territorium auch noch um das im Nordosten außerhalb des Reiches gelegene Polen lehenspflichtige Herzogtum Preußen zu erweitern. Um das stark zersplitterte Land verteidigen zu können, setzte der "Große Kurfürst" Friedrich Wilhelm auf ein stehendes Heer und innere Reformen. Die schlagkräftige Armee und der wirtschaftliche Erfolg stärkten die Position der brandenburgischen Kurfürsten in einer Weise, dass ihnen der Kaiser die Rangerhöhung nicht mehr verwehren konnte. Zwar durfte sich der Sohn des "Großen Kurfürsten", Friedrich I., am 18. Januar 1701 im fernen Königsberg die Krone eigenhändig aufs Haupt setzen und sich "König Preußen" nennen, doch hatte dieser Titel im Alten Reich keine Geltung. Er bezog sich ausschließlich auf das Herzogtum Preußen, das spätere Ostpreußen, das rechtlich betrachtet außerhalb des Reiches lag. Es dauerte aber nicht lange, bis man in Briefen und Urkunden ungeachtet der reichsrechtlichen Situation nur noch von "Brandenburg-Preußen" und schließlich einfach von "Preußen" sprach. Die Hohenzollern stellten ab 1701 die preußischen Könige und von 1871-1918 die deutschen Kaiser.

Die Gesamtheit der Besitzungen, die einer Adelsfamilie gehörte und die innerhalb der Familie weiter vererbt werden konnte. Im Gegensatz zum Reichsgut, welches mit der Königswürde verbunden war und nur an dessen direkten Nachfolger weiter

Hausgut

gegeben werden konnte.

Hausmachtterritorien

Anders als in den westeuropäischen Erbmonarchien konnten sich die gewählten deutschen Könige nur gegen die Fürsten durchsetzen, wenn sie bereits vorher als Territorialherren über ausreichend große Gebiete verfügten und ihnen damit eine gewisse "Hausmacht" zur Verfügung stand.

Heeresfolge

Die Heeresfolge hängt mit dem mittelalterlichen Lehnswesen zusammen. Im Gegenzug für die Erhaltung eigener Territorien sowie den Schutz des Königs, war der Adel zur Heeresfolge verpflichtet, d.h. er musste zum Kriegsdienst zur Verfügung stehen. Damit wurden Adlige zu Kronvasallen des Königs, die ihr Land wiederum an Untervasallen zur Bewirtschaftung verliehen. Die Untervasallen waren damit ebenso zur Heeresfolge verpflichtet.

Hochstifte

Hochstift bezeichnet den weltlichen Territorialbesitz der Bischöfe und Erzbischöfe, d.h. der geistlichen Fürsten

Hoftage

Unregelmäßig stattfindende Versammlungen, zu denen der König bzw. Kaiser die Großen des Reiches einberief, um sich mit ihnen zu beraten. Zunächst waren Teilnehmerkreis, Ort und Ablauf solcher Veranstaltungen noch sehr flexibel. Später wurden diese sehr viel stärker formalisiert, s.a. Reichstag.

Indemnität

Indemnität ist die nachträgliche Billigung eines Regierungsaktes, den das Parlament zuvor abgelehnt hatte. Indemnität kann aber auch die Straffreiheit für einen Abgeordneten bedeuten hinsichtlich seiner Äußerungen im Parlament.

Investitur/ investieren	Rechtsakt, bei dem ein kirchliches Amt übertragen wurde. Im Mittelalter war damit meist auch die Herrschaft über einen Grundbesitz verbunden. Bei der Bischofsinvestitur wurde dieser Rechtsakt durch die Übergabe von Stab und Ring symbolisiert. Dies erfolgte bis ins 12. Jahrhundert durch den König, der dieses Recht als oberster Lehnsherr für sich beanspruchte. Neue Vergaberegulungen nach dem Investiturstreit wurden mit dem Wormser Konkordat festgeschrieben.
Investiturstreit	Die enge Verflechtung zwischen Königtum und Kirchenwesen geriet im Zuge kirchlichen Reformgedankens im 11. Jahrhundert zunehmend in die Kritik. Besonders die Vergabe geistlicher Ämter (Investitur) durch einen weltlichen Herrscher (Laieninvestitur) wurde zum Anlass für einen Machtkampf zwischen Papst und König. Hauptkontrahenten dieses Streits waren König Heinrich IV. und Papst Gregor VII. Doch erst nach dem Tode beider wurde durch das Wormser Konkordat 1122 ein Kompromiss gefunden, der eine Trennung geistlicher und weltlicher Rechte vorsah.
Karolinger	Herrschergeschlecht der Franken, das mit Pippin im Jahre 751 erstmals die Königskrone erhielt. Unter Pippins Sohn Karl dem Großen umfasste das Herrschaftsgebiet der Franken einen großen Teil Mitteleuropas und erreichte seine maximale Ausdehnung. Infolge von Erbstreitigkeiten unter seinen Enkeln zerfiel das Reich im 9. Jahrhundert in die drei Teilreiche "Westfranken", Lotharingen" und ein "Mittelreich", und mit ihnen entstanden drei fränkische Herrscherlinien.
Katharer/ Albigenser	Der Ursprung der Katharer geht auf eine Glaubensgemeinschaft im heutigen Bosnien zurück. Im 11. Jahrhundert breitete die Bewegung sich dort weiter aus, und die Katharer gelangten auch ins Rheinland, sowie nach Nord- und Südfrankreich, wo sie Albigenser genannt wurden. Sie hatten großen Zulauf, gründeten in Frankreich Bistümer und waren Anfang des 13. Jahrhunderts vor allem im französischen Languedoc zu einer bedeutenden kirchlichen und weltlichen Macht geworden. Mithilfe der Inquisition wurde die Bewegung von Rom aus

zunehmend bekämpft, bis 1330 in Carcassone der letzte Katharer verbrannt wurde. Der Begriff "Ketzer" wurde später aus dem Wort Katharer abgeleitet.

Ketzer	Menschen mit einer Glaubensrichtung, die von der katholischen Glaubenslehre abweicht. Der Begriff wurde von der Glaubensgemeinschaft der Katharer abgeleitet.
Kleindeutsch	Als kleindeutsch bezeichnete man während der Revolution 1848/49 eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung und ohne Anschluss Österreichs. Dieses Programm wurde vor allem von norddeutschen protestantischen Liberalen vertreten. Diese Lösung wurde in leicht veränderter Form durch die Reichsgründung 1871 verwirklicht.
Klerus	Die Gesamtheit der Männer und Frauen, die eine kirchliche Weihe erhalten haben. Später z.T. auch die Menschen einschließend, die zwar nicht kirchlich geweiht sind, aber unter kirchlichem Recht leben.
Kodifikation	Eine Kodifikation ist eine Gesetzessammlung, die das gesamte Recht oder einzelne Gebiete des Rechts systematisch erfasst. Friedrich der Große hat vor allen Dingen das Rechtswesen kontinuierlich reformiert. Schon um 1750 geht es an eine Reform der Rechtspraxis, später an eine Reform der Kodifikation, die im Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten von 1794 endet.
Konstantinische Schenkung = Constitutum Constantini	Eine gefälschte Urkunde, die angeblich von Kaiser Konstantin I. im 4. Jahrhundert ausgestellt worden sein soll. Darin erkennt Konstantin angeblich den Vorrang Roms über alle Kirchen an und gesteht Papst Silvester I. die weltliche Herrschaft über das Weströmische Reich zu. Die Fälschung entstand vermutlich im 9. Jahrhundert und diente dazu, päpstliche Herrschafts- und Besitzansprüche zu legitimieren. Als Fälschung entlarvt wurde die Konstantinische Schenkung 1433 durch den

deutschen Theologen Nikolaus von Kues und 1440 durch den Humanisten Lorenzo Valla.

Kummet	Festes Joch, welches den Zugtieren von Pflügen und Wagen um den Hals gelegt wird, ohne die Luftzufuhr der Tiere zu beeinträchtigen. Bisherige Anspannungen wurden an den Hörnern der Ochsen befestigt. Durch das Kummet fanden im Mittelalter Pferde Einzug in die Landwirtschaft, welche stärker, wendiger und folgsamer als die bis dahin hauptsächlich eingesetzten Ochsen sind.
Kurfürst	Kurfürsten besaßen die so genannte "Kurwürde", das heißt sie wählten im Deutschen Reich vom 13. Jahrhundert bis 1806 den römisch-deutschen König, der damit auch Anwärter auf den Titel des römisch-deutschen Kaisers war. Ursprünglich bestand das Kurfürstenkollegium aus drei Fürsterzbischofen (Mainz, Köln, Trier) und vier weltlichen Fürsten (Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Sachsen, Markgraf von Brandenburg, König von Böhmen).
Laie	Im religiösen bzw. kirchlichen Gebrauch jemand, der kein Geistlicher/Kleriker ist. In der evangelischen Kirche ist diese Trennung weniger relevant.
Landesstädte	Landesstädte waren im Heiligen Römischen Reich jene Städte, die unter der Hoheit eines regionalen Herrn, wie z.B. eines Fürsten, standen. (Vergl. Reichsstädte)
Landstände	Landstände waren vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert die nach Ständen gegliederte politische Vertretung des Landes gegenüber dem Landesherren in den deutschen Territorien. Besonders das Steuerbewilligungsgesetz gehörte zu den Befugnissen der Landstände. Sie konnten jedoch meist nur durch Einberufung des Landesherren zusammen treten. Durch die Entwicklung des Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert wurde die Macht der Landstände geringer bis sie nach 1814/15 durch verfassungsmäßige Vertreter ersetzt wurden. In ihrer

ursprünglichen Form blieben die Landstände nur bis 1918 in Mecklenburg erhalten.

Lehnswesen	In der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung bestand im Rahmen des Lehnswesens zwischen dem König und seinen Fürsten eine besondere Beziehung. Der König gab den Fürsten Land, das diese bewirtschaften lassen konnten. Im Gegenzug mussten die Fürsten für den König Kriegsdienste leisten und ihm Treue schwören.
Lingua Franca	Die Lingua franca (eigtl. fränkische Sprache) ist die einheitliche Verkehrssprache eines größeren mehrsprachigen Raumes, die beispielsweise im Handel, der Diplomatie, Verwaltung und Wissenschaft eine Verständigung ermöglicht. Im Mittelalter war das vor allem Latein, im Europa des 18. Jahrhunderts Französisch.
Lombardische Liga	Die Lombardische Liga ist ein Bündnis oberitalienischer Städte, welches sich gegen die Italienpolitik Kaiser Friedrichs I. Barbarossa im 12. Jahrhundert bildete. Gegründet wurde das auch als Lombardenbund bezeichnete Bündnis im März 1167 durch die Städte Mantua, Cremona, Bergamo und Brescia. Später traten auch Piacenza, Bologna, Mailand, Verona, Padua und Parma der Liga bei. In der Schlacht von Legnano 1176 besiegte das Bürgerheer der Städte das Ritterheer des Kaisers. Im Kampf gegen Kaiser Friedrich II. formierte sich die Liga 1226 neu, wurde jedoch von diesem 1237 besiegt.
Lützower Jäger	Mit königlicher Einwilligung wurden für die Befreiungskriege von 1813-1815 gegen das napoleonische Frankreich in Preußen Freiwilligenverbände aufgestellt, zu besonderer Bekanntheit brachten es die "Lützow'schen Jäger", benannt nach ihrem Kommandanten. Ihr Vorbild war

die spanische Guerilla, Männer aus ganz Deutschland traten ein. Die Freiwilligen mussten sich selber ausrüsten, versorgen und bekamen keinen Sold. Die "Lützower" trugen schwarze Uniformen mit roten Aufschlägen und goldenen Knöpfen. Ihre Farben sollten später die des freiheitlichen Deutschland werden. Jeder zweite Angehörige des Korps war Handwerker, jeder fünfte ein Arbeiter, jeder zehnte Student. Das wichtigste Vorbild, Carl Ludwig Jahn, wurde der "Turnvater" genannt. Seit Jahren schon hatte er junge Menschen bei Leibesübungen versammelt, um sie auf den Militärdienst gegen Napoleon vorzubereiten, zugleich ging es ihm um die Vermittlung deutscher Gesinnung. Unter die preußischen Freiwilligen mischten sich auch Professoren. Mit alten Rüstungen, Büchsen, Messern, Morgensternen und Nickelbrille bewaffnet, boten sie einen eher kuriosen Anblick. Auch berühmte Dichter wie Theodor Körner, der das Liedgut der Befreiungskriege verfasste, schlossen sich an. Die Lützower Jäger waren populär, doch die Einheit wurde noch vor der entscheidenden Schlacht bei Leipzig aufgerieben. Theodor Körner fiel, wurde zum Märtyrer stilisiert ebenso wie Eleonore Prochaska, die sich als Mann verkleidet hatte und nach ihrer tödlichen Verwundung als "Jeanne d'Arc von Potsdam" gefeiert wurde. Doch entgegen mancher Legende waren es am Ende nicht die patriotischen Freiwilligenverbände, die Napoleon besiegten, sondern vor allem reguläre Truppen.

Magdeburgisieren

Magdeburg erlangte im 30-jährigen Krieg traurige Berühmtheit, nachdem 1631 katholischen Truppen die protestantische Stadt verwüsteten. Sie mordeten, plünderten und vergewaltigten in einem Ausmaß, das überall für Entsetzen sorgte. Von 30.000 Einwohnern überlebte nur jeder Dritte. Die Begriffe „Magdeburgisieren“ wurden danach zum Inbegriff sinnloser Zerstörung und vielfach auf den Flugschriften medial ausgeschlachtet. Als Synonym wurde auch die „Magdeburger Hochzeit“ verwendet: Eine Jungfrau wird durch die kaiserlichen Truppen gewaltsam mit dem Kaiser vermählt - so das symbolische Bild, das sich auf den Namen der Stadt - "die Festung der Jungfrau" bezieht und auch im

Stadtwappen seinen Niederschlag findet.

Magyaren

Das Volk der Ungarn.

Merkantilismus

Merkantilismus bezeichnet sowohl eine Vielzahl an wirtschaftswissenschaftlichen Lehren des 16. und 18. Jahrhunderts wie auch die Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten dieser Zeit. Durch massive Staatseingriffe sollte die nationale Wirtschaftskraft gesteigert und die Staatseinkünfte z.B. durch die Erhebung von Schutzzöllen und die Förderung der frühindustriellen Produktion erhöht werden. Auf deutschem Boden fehlte es zur Durchsetzung des Merkantilismus zunächst an einem hinreichend großen Nationalstaat. Nach dem 30-jährigen Krieg stand hier zunächst der Wiederaufbau und die Steigerung der Bevölkerungszahl im Vordergrund. Nach und nach setzte sich der Merkantilismus aber in verschiedenen Bereichen durch. Preußen unter Friedrich dem Großen hatte unter den deutschen Mächten die am stärksten staatlich kontrollierte Wirtschaft. Handel, Gewerbe und Landwirtschaft unterlagen der Kontrolle des Königs. Bis ins kleinste Detail schrieb er seinen Untertanen vor, wie im Einzelnen zu verfahren wäre. An der Wirtschaftskraft hing das Steueraufkommen, und das entschied im Zweifelsfall über Sein oder Nichtsein, über Größe und Stärke des Heeres.

Ministeriale

Funktionseliten, die entweder als Krieger oder als Verwalter von Güterkomplexen sozial aufstiegen und ursprünglich Leibeigene waren.

Norddeutscher Bund

Der Norddeutsche Bund war ein nach dem Deutschen Krieg von Bismarck 1866 geschaffener Bundesstaat bestehend aus Preußen und weiteren 22 Mittel- und Kleinstaaten nördlich der Mainlinie. Er bildet eine Zwischenstufe zur Entstehung des Deutschen Reiches unter der Vorherrschaft Preußens. Der König von

	<p>Preußen saß dem Bund vor, ihm unterstellt leitete der Bundeskanzler die Exekutive. Die einzelnen Staaten entsandten Vertreter in den Bundesrat, in dem Preußen ein Vetorecht hatte. Zusammen mit dem gewählten Reichstag übte der Bundesrat das Gesetzgebungsrecht aus. Zu Beginn des Deutsch-Französischen Kriegs 1870 schlossen sich auch die süddeutschen Staaten außer Österreich dem Bund an, der ab sofort Deutsches Reich hieß. Seine Verfassung wurde in wesentlichen Teilen zur Reichsverfassung von 1871.</p>
Notbischof	<p>Die protestantischen Landesfürsten, die im Zuge der Reformation Luther unterstützten, übten in ihren Territorien auch das Amt des so genannten Notbischofs der neuentstandenen, protestantischen Kirche aus. Sie erhielten damit eine gewisse Autonomie in der Reichsordnung.</p>
Ottonen	<p>Sächsisches Herrschergeschlecht, das von 919 bis 1024 die Königs- und z.T. auch Kaiserwürde innehatte. Der erste Sachse auf dem Königsthron war Heinrich I.. Prominentester Vertreter war sein Sohn Otto I., der nach der erfolgreichen Schlacht gegen die Ungarn den Beinamen "der Große" erhielt.</p>
Partikularismus	<p>Partikularismus bezeichnet das Streben staatlicher Teilgebiete, ihre besonderen Interessen gegen allgemeine Interessen durchzusetzen.</p>
Patriziat	<p>Das Patriziat des Mittelalters bezeichnet die führende Oberschicht einer Stadt, bestehend aus vermögenden, meist ritterlichen Kaufleuten, Ministerialen und Adligen. Sie beherrschten aufgrund ihrer angesehenen und bevorrechtigten Stellung den Rat oder andere städtische Führungsgremien und schlossen sich genossenschaftlich gegen die Ansprüche der Handwerker, der Stadtherren oder auch der Könige zur Wahrung ihrer Vormachtstellung zusammen. Dieser beherrschenden Vormachtstellung des städtischen Patriziats setzten die in Zünften organisierten Handwerker häufig heftigen Widerstand in Form von blutigen Aufständen entgegen.</p>
Peuplierung	<p>Als "Peuplierung" bezeichnet man die Bevölkerungspolitik besonders im 18. Jahrhundert bzw. die Neubesiedlung siedlungsarmer oder -leerer</p>

Gebiete. In Preußen hatte bereits Friedrich Wilhelm I. für die Neubesiedlung von Gebieten, die durch Krieg und Seuchen entvölkert waren, gesorgt. Kaufleute und Handwerker, die aus anderen europäischen oder deutschen Staaten ihrer Religion wegen ausgewiesen wurden, erhielten hier das Bürgerrecht, königliche Patente und andere Vergünstigungen. Zunächst waren dies viele Niederländer und Schweizer, unter Friedrich II. viele Hugenotten aus Frankreich. Diese Politik sollte zum wirtschaftlichen Gedeihen des Landes beitragen, es unabhängig von außen machen und den allgemeinen Wohlstand erhöhen.

Pfahlbürger

Menschen, die zwar das Bürgerrecht einer Stadt besaßen, aber nicht innerhalb der Stadtgrenzen leben durften. Sie mussten aufgrund einer weniger privilegierten Stellung in den umliegenden Regionen wohnen.

Pfalz/ Königspfalz

Herrschersitz im Mittelalter, der den herumreisenden Königen als zeitweilige Unterkunft und Regierungssitz diente. (s.a. Reisekönigtum)

Pragmatische Sanktion

Dieses von Kaiser Karl dem VI. am 19. April 1713 verkündete Hausgesetz der Habsburger besagte, dass im Fall eines fehlenden männlichen Erben alle Territorien der ältesten Tochter zufallen sollten; ferner wurde die Unteilbarkeit der habsburgischen Länder verfügt. Als absehbar war, dass ihm ein männlicher Erbe versagt bleiben würde, verwandte Karl VI. alle seine Energie darauf, dieses Gesetz nicht nur bei den Ständen in den habsburgischen Ländern durchzusetzen, sondern auch die deutschen und europäischen Mächte zu dessen Anerkennung zu bewegen. Dennoch musste Maria Theresia ihr Erbe im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) verteidigen.

Protestant/ Protestantismus	Der Protest evangelischer Fürsten und Reichsstädte auf dem Reichstag 1529 in Speyer gab der reformatorischen Bewegung ihren Namen. Karl V. wollte die Einheit der römischen Christenheit wiederherstellen und das kaiserliche Entgegenkommen in Kirchenfragen zugunsten der protestantischen Fürsten aus dem Jahr 1526 rückgängig machen. Die evangelischen Fürsten legten unter Berufung auf ihr Gewissen eine schriftliche "Protestation" vor, welche die Trennung der christlichen Kirche besiegelte und gleichzeitig die Geburtsstunde des Begriffs Protestantismus war.
Regnum Teutonicorum	Regnum Teutonicorum war seit dem 10. Jahrhundert die Bezeichnung für das später als "Heilige Römische Reich" bezeichnete Herrschaftsgebiet, das aus dem Ostfränkischen Reich hervorgegangen war.
Reichsdeputationshauptschluss	Am 25. Februar 1803 beschloss die letzte Reichsdeputation (Ausschuss des alten Reichstags) die Einsetzung einer außerordentlichen Reichsfriedensdeputation. Sie sollte die Bestimmungen des Friedens von Lunéville über die Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich und die Entschädigung der dort begüterten deutschen Fürsten durchführen. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss wurden fast alle geistlichen Fürstentümer aufgehoben, die Reichsstädte bis auf sechs der Landeshoheit unterstellt und die Kirchengüter verstaatlicht. Nutznießer waren hauptsächlich Preußen und die deutschen Mittelstaaten.
Reichsfürsten	Reichsfürsten erhielten ihre Lehen unmittelbar vom König, während die anderen Lehnsträger einem Fürsten als Lehnsherr unterstellt waren (s.a. Lehnswesen). Auch die Erhebung in den Reichsfürstenstand erfolgte durch den König.
Reichsgraf	Der Inhaber (oder ehemalige Inhaber) einer unmittelbar dem Kaiser unterstehenden Grafschaft war Reichsgraf, auch reichsunmittelbarer Graf genannt. Sitz und Stimme im Reichstag machten ihn zum standesherrlichen Grafen.

Reichsgut	Die Gesamtheit aller Besitzungen des Königs im Mittelalter, die nicht der individuellen Person gehörten sondern an das Amt des Königs bzw. Kaisers gebunden waren. Da beim deutschen Wahlkönigtum im Mittelalter die Königswürde nicht automatisch vererbt wurde, fiel auch das Reichsgut des Herrschers nicht seinem Erben zu, sondern wurde an den nächsten König weiter gegeben. Gegensatz zum Hausgut.
Reichsinsignien	Bestand an Herrschaftssymbolen, Reliquien und Krönungsgewändern, die bei Krönungszeremonien übergeben wurden. Die Zusammensetzung der Insignien hat sich im Laufe der Geschichte verändert, wichtiger Bestandteil waren u.a. die Krone und die Heilige Lanze. Sein Besitzer weist sich als legitimer Herrscher aus.
Reichskammergericht	Das Reichskammergericht wurde 1495 zur Sicherung des Landfriedens gegründet. Es war das oberste Gericht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bis zu seiner Auflösung 1806. (s.a. Reichslandfrieden)
Reichskirchensystem	Das Reichskirchensystem bezeichnet eine enge personelle Verbindung zwischen dem König und den Bischöfen und Äbten im Reich. Der König ernannte die kirchlichen Würdenträger und übergab ihnen ihre Besitzungen (Investitur). Auf Grund dieser Machtverhältnisse behielt sich der König das Recht vor, missliebigen Bischöfen und Äbten ihre Amtsgewalt abzuerkennen. Dagegen beanspruchte der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche das gleiche Recht, nämlich Bischöfe und Äbte ein- und absetzen zu können. Die Auseinandersetzung darum, ob König oder Papst die Bischöfe einsetzen kann, eskalierte zum Investiturstreit.
Reichslandfrieden	Der mittelalterliche Landfrieden sollte das Fehderecht zurückdrängen. Wer sich stark genug fühlte, verzichtete damals oft auf ein Gerichtsverfahren und griff zum Mittel der Fehde. Das war eine Art Privatrache, wie sie bereits im germanischen Recht üblich war. Mit dem Landfrieden suchten regionale Herrscher den Kreislauf von Rache und Gegenrache zu beenden. Der Reichslandfrieden wurde durch den

König angeordnet und betraf das gesamte Reich. Der älteste Reichslandfriede ist der Heinrichs IV. aus dem Jahr 1103.

Reichsprälaten	Vorsteher oder auch Vorsteherinnen der großen Reichsabteien, die unmittelbar dem Kaiser unterstanden. Die Reichsprälaten waren im Reichstag vertreten.
Reichsritterschaft	Die Reichsritterschaft war im Heiligen Römischen Reich die Gemeinschaft des freien Adels, der auf seinen Besitzungen die unmittelbare Unterordnung unter Kaiser und Reich bewahren oder neu erlangen konnte, ohne jedoch auf den Reichstagen Sitz und Stimme zu haben. Die Reichsritterschaft gehörte damit zum niederen Adel ohne Reichsstandschaft. Am Ende des Alten Reiches umfasste die Reichsritterschaft etwa 350 Familien mit ungefähr 450.000 Untertanen.
Reichsstädte	Reichsstädte waren keinem Fürsten unterstellt sondern direkt dem Kaiser oder König. Sie waren mit besonderen verfassungsrechtlichen Privilegien ausgestattet und verwalteten sich weitgehend selbst. Die Reichsstädte hatten seit dem späten Mittelalter einen Sitz im Reichstag.
Reichsstände	Die Reichsstände hatten einen festen Sitz im Reichstag, auf denen Beratungen mit dem König bzw. Kaiser stattfanden. Zu ihnen gehörten die Fürsten sowie die Reichsstädte. Verpflichtungen der Reichsstände waren die Teilnahme an den Reichstagen, die Bereitstellung von Truppen für das Reichsheer sowie die Aufbringung von Reichssteuern.
Reichstag	Der Reichstag war die höchste verfassungsmäßige Institution des Heiligen Römischen Reiches. Die politische Macht verteilte sich einerseits auf den König und andererseits auf die Gesamtheit der Stände (s.a. Reichsstände und Landstände). Hier konnten auch die Fürsten den Kaiser kontrollieren. Ein Konsens zwischen allen Parteien wurde auf den Reichstagen oft sehr mühsam errungen. Wenn er nicht zu Stande kam, gab es keinen reichsrechtlich verbindlichen

Beschluss.

Reichsverweser	Während der Revolution von 1848/1849 wurde von der Frankfurter Nationalversammlung Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser, d.h. Inhaber der vorläufigen Zentralgewalt für Deutschland, gewählt.
Reisekönigtum	Im Mittelalter gab es noch keine gut organisierten Verwaltungsstrukturen und keine festen Regierungssitze. Daher mussten Könige oder Kaiser durch das Reisen regelmäßigen Kontakt mit ihren Untergebenen pflegen und ihre Herrschaft vor Ort ausüben.
Restauration	Restauration bezeichnet die Wiederherstellung vorrevolutionärer Verhältnisse. Bezogen auf die europäische Geschichte ist dies die Zeit nach dem Wiener Kongress (1815) bis zu den Revolutionen von 1830 bzw. 1848, in der überall in Europa versucht wurde, die Verhältnisse der Zeit vor der Französischen Revolution wieder herzustellen.
Restitutionsedikt	Das Restitutionsedikt wurde am 6. März 1629 von Kaiser Ferdinand II. während des 30-jährigen Kriegs erlassen. Ziel war es, im Laufe der Reformation protestantisch gewordene Bistümer und Stifte wieder dem Katholizismus zuzuführen. Dabei wurden zahlreiche norddeutsche Besitztümer von Ferdinand II. für das Haus Habsburg in Besitz genommen. Weiterhin gestattete er den katholischen Reichsfürsten die Rekatholisierung ihrer Untertanen. Lediglich die durch den Augsburger Religionsfrieden 1555 geschützten lutheranischen Besitztümer waren davon nicht betroffen. Letztlich scheiterte die tatsächliche Durchführung des Restitutionsedikts an dem Widerstand der Fürsten aller Konfessionen, die einen damit verbundenen Machtgewinn des Hauses Habsburg fürchteten. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 wurde das Restitutionsedikt endgültig aufgehoben.
Rheinbund	Im Juli 1806 hob Napoleon in Paris den Rheinbund

aus der Taufe, dem sich die drei süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden sowie 13 weitere deutsche Fürsten anzuschließen hatten. Damit stand das Alte Reich vor dem Aus. Die deutschen Mittelstaaten fanden Gefallen an dem Bündnis mit Europas stärkster Militärmacht, es war aus ihrer Sicht die sicherste Alternative. In den folgenden Jahren sollte der Bund um weitere 23 Mitglieder wachsen. Ein "Drittes Deutschland" neben Preußen und Österreich war entstanden. Die Rheinbundakte legte fest, dass die Angehörigen aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation austreten und den Habsburgerkaiser nicht mehr als ihr Oberhaupt anerkannten. Die Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht von Leipzig 1813 bedeutet auch das Ende des Rheinbundes.

Ritterschlag

Die Erhebung zum Ritter erfolgte ab dem 13. Jahrhundert in Form des Ritterschlags. Voraussetzung für den Ritterschlag war das Erreichen des 21. Lebensjahres. Zur Zeremonie des Ritterschlags gehörte die kirchliche Segnung des Schwertes, die den Ritter zum Schutz der Kirche, der Witwen und der Waisen verpflichtete. Durch den Ritterschlag erhielt der Ritter Lehnfähigkeit, Turnier- und Stifftswürdigkeit sowie die Ebenbürtigkeit im gerichtlichen Zweikampf. Der Ritterschlag konnte auch am Rande eines Schlachtfeldes wegen hervorragender Tapferkeit erfolgen. (Vergl. Schwertleite)

Säkularisation

Säkularisation beschreibt im engeren Sinne die ohne kirchliche Genehmigung vollzogene Enteignung von kirchlichen Einrichtungen und deren Umwandlung in weltlichen Besitz. Zwar bedienten sich bereits im Mittelalter Herrscher dieses Mittels zur Einschränkung der kirchlichen Macht, maßgeblich geprägt wurde der Begriff Säkularisation jedoch im Zuge der Verhandlungen zum Westfälischen Frieden 1648 sowie durch die massiven Eigentumsverluste der Kirche während der Reformation. So wurden zwischen 1525 und 1552 infolge des Übertritts von Fürsten zum Luthertum zahlreiche Bistümer und Klöster auf deren Territorien aufgehoben und in den Besitz weltlicher Fürsten überführt.

- Salier** Das fränkische Adelsgeschlecht der Salier regierte das Deutsche Reich von 1024 bis 1125. Der erste Salierkönig Konrad II. gelangte an die Macht, als der letzte König aus dem Geschlecht der Ottonen kinderlos gestorben war. Zu den Saliern gehörte auch Heinrich IV., der mit seinem Gang nach Canossa in die Geschichtsbücher einging. Nach der Regierungszeit Lothars III. ging das Reich mit Konrad III. (1138–1152) auf das Geschlecht der Staufer über.
- Schlacht von Jena & Auerstedt** In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 erlitt die Preußische Armee eine schwere Niederlage gegen die französischen Truppen unter Napoleon.
- Schlacht von Königgrätz** Am 3. Juli 1866 kam es im Deutschen Krieg nordwestlich der Stadt Königgrätz zur Entscheidungsschlacht zwischen Österreich und Preußen. Aus beiden Lagen standen sich rund 200.000 Mann gegenüber – Preußen unter der Leitung von Generalstabschef Helmuth Karl von Moltke, Österreich unter dem Oberkommandierenden Ludwig von Benedek. Aufgrund seiner fortschrittlicheren Waffentechnik trug Preußen den Sieg davon und wurde Führungsmacht in Deutschland. Damit setzte sich die kleindeutsche Lösung durch – ein geeintes Deutschland unter Ausschluss von Österreich. Die Schlacht war einer der Wegbereiter für die Reichsgründung 1871.
- Schlesische Kriege** In den drei Schlesischen Kriegen kämpfte Preußenkönig Friedrich der Große gegen Österreich um den Besitz von Schlesien. Der Erste und der

Zweite Schlesische Krieg waren Teile des Österreichischen Erbfolgekrieges. Im Ersten Schlesischen Krieg (1740-1742) erhob Friedrich der Große Anspruch auf ehemalige brandenburgische Gebiete und fiel mit 22.000 Mann in Schlesien ein. Im Frieden von Berlin musste Maria Theresia einen Großteil Schlesiens an Preußen abtreten. Den Zweiten Schlesienkrieg (1744-1745) führte Friedrich II., weil er seinen Besitz in Schlesien durch die Erfolge Maria Theresias im Österreichischen Erbfolgekrieg und das Bündnis Österreichs mit Sachsen bedroht sah. Friedrich eroberte Prag, musste Böhmen aber kurzfristig wieder räumen und konnte schließlich nach dem Sieg über die Sachsen in Dresden einziehen. Im Frieden von Dresden gab Maria Theresia Schlesien komplett an Preußen ab, Friedrich der Große erkannte dafür Maria Theresias Ehemann Franz I. als römisch-deutschen Kaiser an. Der Dritte Schlesische Krieg ist besser bekannt als der Siebenjährige Krieg (1756-1763).

Scholastisches Denken

Wissenschaftliche Denkweise, Spitzfindigkeit.

Schwertleite

Im frühen Hochmittelalter wurde die Erhebung zum Ritter mit der Schwertleite vollzogen. Bestandteil dieser festlichen Zeremonie war die Umgürtung des Schwertes, welches die wehrhafte Volljährigkeit des neuen Ritters symbolisierte. Durch bestimmte Rituale am Vorabend der Schwertleite, wie Fasten oder Beten, konnte dem Akt des Ritterschlags ein feierlicher Charakter verliehen werden.

Schwureinungen

Eine Art Rechtsgemeinschaft von Bürgern einer Stadt, die im 11. Jahrhundert aufkam. Die Teilnehmer sicherten sich eidlich Hilfe und Unterstützung zu und hatten gleichzeitig die friedliche Regelung von Streitigkeiten untereinander zum Ziel.

Siebenjähriger Krieg

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) ist auch bekannt als Dritter Schlesischer Krieg. Maria Theresia wollte Schlesien zurückerobern, Russland beobachtete ein stetig erstarkendes Brandenburg-Preußen in Ostmitteleuropa. Russland war mit Österreich verbündet, im Norden lauerte Schweden, im Westen Frankreich und im Süden Österreich - Preußenkönig Friedrich der Große sah sich umzingelt. Er schloss ein

Bündnis mit England. Frankreich führte zu der Zeit einen erbitterten Seekrieg mit England und kämpfte außerdem mit dem Inselreich um die Vorherrschaft in Nordamerika und Indien. Das Bündnis Preußens mit England trieb Frankreich nun in die Arme des ehemaligen Erzfeindes Österreich. Damit hatten sich die Koalitionen in Europa umgekehrt: mit Preußen, Großbritannien/Kur-Hannover auf der einen Seite und Österreich, Frankreich, Russland auf der anderen Seite. Am 28. August 1756 marschierte Friedrich der Große ohne vorherige Kriegserklärung in Sachsen ein, das Österreich nahestand. Der Krieg hatte begonnen und wurde in Europa, auf den Weltmeeren und in den Kolonien geführt. Als die Lage nach der Eroberung Kolbergs in Hinterpommern im Dezember 1761 durch die Russen und durch den Abzug Englands vom europäischen Festland für Preußen aussichtslos schien, starb die russische Zarin Elisabeth Anfang 1762. Ihr Nachfolger war ein Verehrer Friedrichs, von ihm drohte keine Gefahr. Ohne die russische Unterstützung sah sich Maria Theresia zum Einlenken gezwungen. Auf den Weltmeeren hatte England Frankreich besiegt und war nun unbestrittene See- und Kontinentalmacht. Der kontinentaleuropäische Siebenjährige Krieg stellte im Prinzip nur einen Teilaspekt eines Großkonflikts dar. Der Friedensschluss von Hubertusburg beendete am 21. Februar 1763 endgültig den Krieg. Nach sieben Jahren hatten Brandenburg-Preußen und Österreich nicht mehr erreicht als den Status quo vor Kriegsbeginn. Preußen war durch den Krieg als fünfte Großmacht Europas etabliert. Der Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland blieb bis 1866 bzw. 1871 bestehen.

Simonie

Der verbotene Verkauf oder Ankauf geistlicher Sachen, wie z.B. Segnungen oder die Aufnahme in ein Kloster. Vor allem aber der Verkauf kirchlicher Ämter - eine Praxis die schon im frühen Mittelalter in Verruf geriet und wiederholt Anlass für Kirchenreformen war.

Stände(-system)

Im Mittelalter und der frühen Neuzeit gliederte sich die Gesellschaft Europas in mehrere Stände. Im Gegensatz zu späteren Modellen wie den Klassen oder sozialen Schichten war die Durchlässigkeit

jedoch gering. Die meisten Menschen (Gesinde, Händler, Bettler) gehörten keinem Stand an. Der 1. Stand umfasste Angehörige der hohen Geistlichkeit wie des niederen Klerus. Zum 2. Stand gehörte der Adel. Freie Bauern und Bürger zählten zum 3. Stand. Innerhalb der Stände gab es Unterschiede je nach Art des Broterwerbs (Berufsstand, Bauernstand), der Position in einem Familienverband (Ehstand, Hausvater, Knecht, Hausgenosse) oder den Rechten, die der Einzelne in der städtischen Kommune (ratsfähige Bürger, Bürger, Einwohner) oder der ländlichen Gemeinde hatte (Erbrichter, bäuerliches Gemeindemitglied, Häusler).

Staufer

Aus dem schwäbischen Adelsgeschlecht der Staufer stammten Könige und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches sowie Könige von Sizilien. Der Aufstieg der Staufer begann 1079, als Heinrich IV. dem Staufer Friedrich das Schwabenherzogtum auftrug. Im selben Jahr heiratete Herzog Friedrich I. die Kaisertochter Agnes. Da 1125 Heinrich V. ohne Erben starb und Agnes in zweiter Ehe in das Babenberger Geschlecht einheiratete, ging das Erbe der Salier auf die Staufer über. 1138 wurde Konrad III. zum König gewählt. Den Höhepunkt ihrer Macht erreichten die Staufer mit Friedrich I. Barbarossa und Heinrich VI., durch den Sizilien unter staufische Herrschaft geriet. Mit Friedrich II. verlagerte sich das Zentrum der Kaiserherrschaft nach Süditalien, während die staufische Macht im Reich an Durchsetzungskraft verlor. Weitere bedeutende staufische Herrscher waren Philipp von Schwaben, die Söhne Friedrich II. Manfred und Konrad IV. sowie dessen Sohn Konradin IV., letzter Staufer in direkter männlicher Linie. 1272 erlosch die Dynastie der Staufer mit dem Tod Enzios, König von Sardinien und ehelicher Sohn Friedrich II..

Stellvertreterkrieg

Als Stellvertreterkrieg wird ein Krieg bezeichnet, in dem sich zwei oder mehr in Konflikt befindliche Staaten nicht direkt militärisch auseinandersetzen, sondern diese militärische Auseinandersetzung in einem Drittstaat und somit auf externem Territorium austragen.

Tilsiter Frieden

Der Frieden von Tilsit am 9. Juli 1807 beendet den Vierten Koalitionskrieg (1806-1807) von Preußen, dem

Kurfürstentum Sachsen und Russland gegen Napoleon. Preußen trug praktisch die gesamten Kosten des Krieges, denn es verlor seinen Anteil an Polen, das Herzogtum Hannover und alle Gebiete westlich der Elbe. Russland verzichtete nur auf die Ionischen Inseln. Zudem wurde ein Geheimvertrag gegen England geschlossen. Sollten die Engländer sich weigern, einen von Russland vermittelten Frieden mit Frankreich einzugehen, würde Russland englischen Schiffen seine Häfen verschließen. Als Gegenleistung sollte Napoleon Druck auf die Türkei ausüben, damit diese ihre europäischen Provinzen, außer Konstantinopel, aufgibt.

Trienter Konzil

Eine kirchliche Versammlung, die als Reaktion auf die Ereignisse der Reformation in den Jahren 1545 bis 1563 in drei Tagungsperioden einberufen wurde. Vorrangiges Ziel von Papst Paul III. war es, die Lehren Martin Luthers zu verurteilen und die Einheit der Christenheit wieder herzustellen. Doch konnte die Kirchenspaltung nicht mehr verhindert werden. So wurden auf dem Konzil in einer scharfen Abgrenzung zu den Positionen der Reformation die Eckpunkte der katholischen Glaubenslehre formuliert und letztendlich der Katholizismus als christliche Konfession begründet. Gleichzeitig wurden schon lange geforderte Kirchenreformen umgesetzt. So gilt das Trienter Konzil als eines der wichtigsten Ereignisse der Kirchengeschichte.

Völkerschlacht bei Leipzig

Die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16.-19. Oktober 1813 war die Entscheidungsschlacht der Befreiungskriege gegen Napoleon, aus der die Verbündeten Preußen, Österreicher, Russen und Schweden siegreich hervorgingen. Napoleon musste sich zurückziehen und konnte nur mit Mühe und Not den Straßenkämpfen in Leipzig entkommen. Hundert Jahre später wurde zum Gedenken an diese Schlacht ein Denkmal an der Stelle errichtet, wo die meisten Soldaten gefallen waren.

Vormärz

Vormärz oder auch Restaurationszeit bezeichnet die Zeit zwischen dem Wiener Kongress (1815) und dem Beginn der bürgerlichen Revolution (Märzrevolution) im Jahr 1848. Nach dem Wiener Kongress und den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und der damit

weitgehend wieder hergestellten Vorkriegsordnung und der Einschränkung bzw. Abschaffung vieler Freiheitsrechte (Verbot von Burschenschaften, Pressezensur, allgemeine Unterdrückung liberaler, demokratischer Ideen, etc.) waren viele Menschen einerseits enttäuscht und hoffnungslos und zogen sich immer mehr in unpolitische, private Bereiche zurück. In Familien und unter Freunden wurde häusliches Glück zelebriert. Andererseits begrüßten viele nach den Befreiungskriegen die wachsende Stabilität und Sicherheit, weswegen die Masse sich zunächst nicht gegen Repressalien auflehnte.

Vorparlament

Das Vorparlament tagte vom 31. März bis 3. April 1848 in der Frankfurter Paulskirche. Es bestand aus 574 Mitgliedern, die nicht vom Volk gewählt waren oder die Staaten des Deutschen Bundes repräsentierten, sondern aus den einzelstaatlichen Parlamenten berufen wurden. Es handelte sich dabei um ein Honoratiorenparlament ohne demokratische Legitimation. Das Vorparlament bereitete die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung vor.

Welfen

Das Adelsgeschlecht der Welfen ist seit dem 9. Jahrhundert nachweisbar und leitet sich von dem schwäbischen Grafen Welf I. ab. Die burgundische Linie der Welfen, die Rudolfinger, erlangten 888 die Königskrone von Hochburgund und später von Burgund, welche sie bis 1022 innehatten. Welf IV. von Bayern begründete nach dem Aussterben der älteren welfischen Linie 1055 das Haus Welf-Este, welches im 11. und 12. Jahrhundert neben den Saliern und Staufern zu einer großen Macht im Reich aufstieg. Es entbrannte ein erbitterter Thronstreit zwischen Welfen und Staufern. Zwar unterlag Heinrich der Löwe 1180 Kaiser Friedrich I. Barbarossa, doch der Streit flammte erneut auf, als sich der Welfe Otto IV. als Gegenkönig zu Philipp von Schwaben aufstellen ließ und sich als Kaiser (1209-1215) vergeblich zu behaupten suchte. Die Bedeutung der Welfen nahm in Folge dessen ab. Im 17. Jahrhundert erfolgte der Aufstieg der hannoveranischen Welfen zum Kurfürstentum. 1714 wurde der englische Thron mit dem Welfen Georg I. besetzt, der zugleich auch das Kurfürstentum Hannover regierte. Bis heute gelten die Welfen

nachweislich als ältestes Fürstenhaus Europas.

Westfälischer Friede

Mit dem Westfälischen Frieden endete der 30-jährige Krieg am 24. Oktober 1648. Mehr als 100 Gesandtschaften aus ganz Europa hatten fünf Jahre lang verhandelt, bis das Vertragswerk in Münster und Osnabrück unterzeichnet werden konnte. Der Friedensvertrag schuf die Grundlagen für künftiges Völkerrecht und gilt heute als Vorbild internationaler Konfliktlösung und Meisterwerk der Diplomatie. Kaiser und Papst waren die Verlierer, Frankreich und Schweden die Gewinner des Krieges. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verlor einige seiner Gebiete und blieb in mehr als 300 Gebilde aufgesplittert: Es glich einem riesigen Puzzle aus Kurfürstentümern, geistlichen Hochstiften, Herzogtümern, Grafschaften, Reichsstädten und Reichsabteien sowie zahlreichen andern Kleinstterritorien. Der Kaiser war bei allen Reichsgeschäften auf die Zustimmung der Reichsstände gebunden und es blieben ihm nur wenige Vorrechte, die ihn über die Fürsten erhöhten. Komplizierter als die Regelung des weltlichen Machtgefüges war die Befriedung der konfessionellen Gegensätze. Die Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens von 1555 wurden erweitert und die kalvinistisch Reformierten als dritte Konfession anerkannt. Die konfessionellen Grenzen schrieb man im Wesentlichen nach dem Stand von 1624 fest, dem "Normaljahr". Im Reichstag waren neben den

katholischen auch evangelische Reichsstände vertreten, sie konnten einander nicht überstimmen sondern wurden zur freundschaftlichen Einigung verpflichtet. Den vom jeweils herrschenden Bekenntnis abweichenden Gläubigen eines Landes sollte die private Religionsausübung gestattet sein. Der Papst verweigert dem Westfälischen Frieden seine Anerkennung, doch verhindern konnte er das Vertragswerk nicht.

Wiener Schlussakte

Die Wiener Schlussakte ist das Ergebnis einer Konferenz in der österreichischen Hauptstadt vom November 1819 bis Mai 1820. Hier sollten die Grundlagen des Deutschen Bundes genauer bestimmt bzw. die Bundesakte von 1815 ergänzt werden. In 64 Artikeln wurden Wesen und Aufgaben des Deutschen Bundes, die Bundesexekution sowie das Verfahren in Streitfällen zwischen den Bundesgliedern beschrieben und festgelegt. Außerdem galt für alle Bundesstaaten das monarchische Prinzip, nachdem die alleinige und einheitliche Staatsgewalt in den Händen des Monarchen liegt. Mit der Wiener Schlussakte, die am 8. Juni 1820 von der Bundesversammlung in Frankfurt am Main einstimmig angenommen wurde, erhielt der Deutsche Bund seine verfassungsrechtliche Gestalt.

Wormser Edikt

Kaiser Karl V. verhängte 1521 auf dem Reichstag zu Worms mit dem Wormser Edikt die Reichsacht über Martin Luther, weil dieser sich weigerte, seine Thesen zu widerrufen. Luther galt damit als vogelfrei.

Wormser Konkordat

1122 in Worms zwischen Kaiser Heinrich V. und Papst Calixtus II. geschlossener Vertrag, der den Investiturstreit beendete und die Einsetzung (Investitur) von Bischöfen und Äbten für das deutsche Reichsgebiet neu regelte. Wahl und Weihe der kirchlichen Amtsträger erfolgte von nun an durch die Kirche, symbolisiert durch die Übergabe von Stab und Ring. Die Vergabe weltlicher Macht erfolgte durch den König, der ein Zepter überreichte.

Zehnt

Eine regelmäßige Abgabe an religiöse oder weltliche Grund- oder Landesherren. Diese Art der Steuer war bereits im Altertum üblich und wurde ursprünglich in Form von Ernteerträgen, Tieren oder Tiererzeugnissen

geleistet. Abgeschafft wurde der Zehnt erst in der Neuzeit.

Zölibat

Ehelosigkeit und sexuelle Enthaltsamkeit aus religiösen Gründen. Das Zölibat für Bischöfe, Priester und Diakone wurde zwar schon im 4. Jahrhundert vorgeschrieben, aber nicht konsequent verfolgt, so dass es auch weiterhin verheiratete Priester gab. Im 12. Jahrhundert wurden Priesterweihe und Ehe endgültig für nicht miteinander vereinbar erklärt.

Zunftordnung

Unter Zunftordnung versteht man die schriftlich abgefassten Statuten und Vorschriften einer Handwerkszunft. Sie regelt wirtschaftliche und organisatorische Fragen wie z.B. Betriebsgröße, Arbeitszeit und den Rohstoffbezug. Die Zunftordnung sollte ihren Mitgliedern ein standesgemäßes Einkommen sichern.